

Lohnverhandlungen im Finanzsektor: der SBPV fordert eine Gehaltserhöhung von 2%, die auf mindestens 50% der Mitarbeiter verteilt werden soll

Im Zuge der anstehenden Lohnverhandlungen diesen Herbst fordert der SBPV eine Gehaltserhöhung von 2% im Finanzsektor. Diese Forderung stützt sich auf folgende Argumente:

Die wirtschaftliche Situation des Finanzsektors: Die Expertengruppe des Bundes schätzt den Anstieg der Inflation auf 0,5% und den Anstieg der Produktivität auf 1% im Jahr 2019 und 1,7% im Jahr 2020. Zudem hat die Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich gezeigt, dass Unternehmen vor allem im Finanzsektor Geld verdienen.

Lohnerhöhungen in den letzten Jahren: Im Jahr 2018 spiegelte die Lohnerhöhung nicht die günstige Entwicklung der Banktätigkeit wider (Steigerung der konsolidierten Gewinne der Branche um 4,6%, Quelle: Swiss Banking)

Seit vielen Jahren verfolgen die Banken eine Lohnpolitik, die auf individuellen Lohnerhöhungen basiert. Lohnerhöhungen werden daher nur an eine Minderheit der Mitarbeitenden verteilt. Diese Politik erhöht die Fluktuation der Mitarbeitenden, insbesondere bei jüngeren Angestellten, die die gewünschten Gehaltssteigerungen auf diese Weise erzielen. Ältere Mitarbeitende mit langjähriger Betriebszugehörigkeit erleben oft eine demotivierende Lohnstagnation.

Aus all diesen Gründen fordert der SBPV, dass mindestens 50% der Mitarbeitenden von einer Gehaltserhöhung profitieren, wobei insbesondere diejenigen zu berücksichtigen sind, die in den letzten Jahren nicht in den Genuss von Gehaltserhöhungen kamen. Zudem gilt es dafür zu sorgen, dass die Gehälter von Frauen überall dort angeglichen werden, wo es noch Bedarf gibt. Nicht zuletzt erwarten der SBPV und die Personalkommissionen der Banken, dass sie transparente Informationen über die Verteilung der Gehaltserhöhungen erhalten.

SBPV, 26.9.2019

Bankpersonalverband > Lohnverhandlungen 2019. SBPV, 2019-09-26